

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2023

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Parlament: Entschließungsantrag für Mindesteinkommen	1
EU-Kommission: Budget für Erasmus+ erhöht.....	1
EU-Kommission: Feedback zum Europäischen Jahr der Jugend.....	1
EU-Kommission: Mitteilung für europäisches Grenzmanagement.....	2
EU-Kommission: Bilanz zur Richtlinie über vorübergehenden Schutz für Ukrainer:innen	2
EWSA: Stellungnahme zur Rolle junger Menschen beim ökologischen Wandel	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Spanien: Rentenreform beschlossen	3
Italien: Debatte um Elternschaft gleichgeschlechtlicher Paare.....	3
Portugal: Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelpreise	3
Schweiz: Abtreibung bleibt Straftatbestand.....	3
Weitere Nachrichten	4
COFACE & Eurochild: Umsetzung der EU-Kindergarantie.....	4
COFACE: Neues Bildungsprogramm L.I.N.K.....	4
Offener Brief für umfassenden Kinderschutz im Netz.....	5
Rückschritte bei der Verringerung der Müttersterblichkeit.....	5
Internationaler Frauentag.....	5
Berichte und Studien	6
Human Rights Watch: Bericht über Entführungen ukrainischer Kinder	6
HelpAge: Perspektiven Älterer auf Gesundheit und soziale Inklusion	6
OECD: Update des OECD-Gender-Portals	7
Social Inclusion: Themenheft Familiäre Unterstützungsnetzwerke in vulnerablen Kontexten	7
OECD: Bericht zur Resilienz von Gesundheitssystemen.....	7
FRA: Bericht zu den Erfahrungen Geflüchteter aus der Ukraine	8
Eurostat: Daten zur Fertilität	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament: Entschließungsantrag für Mindesteinkommen

Das EU-Parlament hat einen Entschließungsantrag für das EU-Mindesteinkommen angenommen, in dem die Regelung des Mindesteinkommens in Form einer verbindlichen Richtlinie gefordert wird. Die EU-Kommission hatte im September 2022 ihren Vorschlag für eine Ratsempfehlung veröffentlicht (s. [EuropaNews 09/22](#)), die der Rat der EU im Januar dieses Jahres beschlossen hat (s. [EuropaNews 02/23](#)). Grundsätzlich schließen sich die Parlamentarier:innen diesen Vorschlägen an, betonen jedoch, dass nur eine verbindliche Richtlinie die Umsetzung sicherstellen könnte. Dem Vorschlag der Kommission entsprechend planen die Mitgliedstaaten eine Berichterstattung über den Fortschritt der Sicherung angemessener Einkommen alle drei Jahre. In seinem Antrag verweist das Parlament auf die Ziele des Sozialgipfels von Porto und der europäischen Säule sozialer Rechte. Um diese zu erreichen, seien zügiges Handeln und eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte notwendig.

- [EU-Parlament: Entschließungsantrag für Mindesteinkommen](#)

EU-Kommission: Budget für Erasmus+ erhöht

Die EU-Kommission hat das Jahresbudget für Erasmus+ von 4,2 auf 4,43 Milliarden Euro erhöht. Das überarbeitete Budget soll mehr Aktivitäten in den Bereichen Inklusion, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe sowie für den grünen und digitalen Wandel ermöglichen. Von dem Mitteln sollen Bildungs- und Integrationsaktivitäten für geflüchtete Ukrainer:innen gefördert werden, z.B. Sprachkurse und Praktika. Auch die Aufnahme ukrainischer Studierender in die Bildungssysteme der aufnehmenden Länder soll gezielt gefördert werden. Die Kommission hat außerdem 16 neue Akademien für Lehrkräfte im Rahmen von Erasmus+ eingerichtet, die zum Ziel eines Europäischen Bildungsraums bis 2025 beitragen sollen. Die Akademien bieten Lernmöglichkeiten für Lehrer:innen in allen Stadien ihres Berufsweges an und sollen Mehrsprachigkeit, Sprachbewusstsein und kulturelle Vielfalt in den Bildungssystemen der Mitgliedstaaten voranbringen. Darüber hinaus bieten sie Fortbildungen zu z.B. digitalen Kompetenzen, kreativen Unterrichtsansätzen und Antidiskriminierungsarbeit in der Schule an.

- [Amendment of the 2023 annual work programme "Erasmus+"](#)  
- [Erasmus+ Teacher Academies](#) 

EU-Kommission: Feedback zum Europäischen Jahr der Jugend

Die EU-Kommission ruft auf, zum Europäischen Jahr der Jugend ein Feedback abzugeben. Im vergangenen Jahr 2022 wurden in diesem Rahmen verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen für junge Menschen angeboten. Damit sollten die Belastungen Jugendlicher und junger Erwachsener durch die Pandemie anerkannt werden. Die Aktivitäten im Rahmen des Jahres der Jugend sollten jungen Menschen helfen, mit Herausforderungen umzugehen. Die Angebote befassten sich thematisch mit dem grünen und digitalen Wandel, mit Perspektiven für die persönliche, soziale und berufliche Entwicklung, mit Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement und mit der Perspektive junger Menschen in der EU-Politik. Bis zum 14. April können Interessierte zur Durchführung des Europäischen Jahres der Jugend Stellungnahmen abgeben.

- [EU-Kommission: Feedback zum Europäischen Jahr der Jugend 2022](#)

EU-Kommission: Mitteilung für europäisches Grenzmanagement

Die EU-Kommission hat im Rahmen einer Mitteilung eine intensivere Kooperation der EU-Staaten zur Steuerung von Flucht und Migration angekündigt. Geplant sind eine umfassendere, IT-gestützte Zusammenarbeit zuständiger Behörden und verstärkte Such- und Rettungsmaßnahmen. Ein zentrales Ziel ist es, Asylentscheidungen zu vereinheitlichen, zwischen EU-Staaten zu kommunizieren und im Bereich der Ausweisung zu kooperieren. Dazu soll auch das erweiterte Schengener Informationssystem beitragen, das Mitteilungen über Drittstaatenangehörige, gesuchte und vermisste Personen ermöglicht. Künftig können dort auch biometrische Daten und relevante Informationen zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus ausgetauscht werden. Die Mitgliedstaaten sind zudem aufgefordert, Programme zur freiwilligen Rückkehr von Personen zu fördern, deren Asylanträge abgelehnt wurden.

- [Establishing the multiannual strategic policy for European integrated border management](#)  

EU-Kommission: Bilanz zur Richtlinie über vorübergehenden Schutz für Ukrainer:innen

Die EU-Kommission hat eine Beurteilung zur Richtlinie über vorübergehenden Schutz für ukrainische Staatsbürger:innen veröffentlicht, die vor einem Jahr beschlossen wurde (s. [EuropaNews 03/22](#)). Insgesamt rund vier Millionen Ukrainer:innen haben sich demnach für vorübergehenden Schutz in der EU registriert, davon über drei Millionen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres. Knapp die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten wurden in Deutschland und Polen aufgenommen. Gemessen an der Bevölkerung haben Estland, Polen und Tschechien die meisten Ukrainer:innen aufgenommen. Unter den Geflüchteten waren 47 Prozent Frauen und 34 Prozent Kinder. Rund 69 Prozent der Kinder waren im Alter von unter 13 Jahren. 0,5 Prozent von ihnen sind als unbegleitete Minderjährige eingereist. Eine bedeutende Anzahl von Kindern sei jedoch nicht mit ihren Familien, sondern im Rahmen von Evakuierungen von Heimen und anderen Unterbringungsformen geflohen. Sie seien in der Obhut von Betreuer:innen eingereist, die häufig Vormundschaften übernommen hätten. Dennoch brauchten diese Kinder, unter ihnen ein großer Anteil von Kindern mit Behinderungen, eine besondere Aufmerksamkeit. Nicht alle von ihnen seien so registriert und untergebracht worden, dass die EU-Standards für eine Betreuung und Versorgung jenseits von Institutionen erfüllt seien. Der vorübergehende Schutz für Ukrainer:innen wurde zunächst um ein Jahr verlängert. Darüber hinaus sollen EU-weit Angebote ausgebaut werden, die Ukrainer:innen beim Übergang in einen langfristigeren Aufenthalt oder, wenn sie dies planen, bei der Rückkehr in die Ukraine unterstützen.

- [Temporary protection for those fleeing Russia's war of aggression against Ukraine: one year on](#)  

EWSA: Stellungnahme zur Rolle junger Menschen beim ökologischen Wandel

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss plädiert in einer Stellungnahme dafür, die Beteiligung junger Menschen am ökologischen Wandel zu fördern. In Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen sollten Projekte durchgeführt werden, in denen sich junge Menschen mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz auseinandersetzen. Junge Menschen müssten bei der Politikgestaltung grundsätzlich mehr Beachtung finden. So schlägt der EWSA vor, für alle Investitionen die Auswirkungen auf junge Menschen heute und in der Zukunft abzuschätzen. Maßnahmen für die ökologische Transformation müssten sozial gerecht gestaltet werden und die Dimension der Geschlechtergerechtigkeit einbeziehen. Die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Prozessen müsste von der EU und den Mitgliedstaaten gezielt gefördert werden. Schon in der frühkindlichen Bildung und an Schulen müsste Wissen über Umweltschutz und Nachhaltigkeit vermittelt werden.

- [EWSA: Young people's role in the green transition](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Spanien: Rentenreform beschlossen

Die Pläne der Regierung, um das Rentensystem auf den Rentenantritt der geburtenstarken Jahrgänge vorzubereiten, umfassen eine schrittweise Anhebung der Beiträge zur Rentenversicherung um 1,2 Prozentpunkte im Jahr. Eingeführt wird außerdem eine Solidaritätsabgabe für Einkommen oberhalb der bisherigen Obergrenze. Damit wird auch der Anteil von Gehältern, die diese Grenze übersteigen, sozialabgabepflichtig. Die Zahlung soll im Jahr 2025 mit einer Abgabe von zunächst einem Prozent eingeführt werden und bis zum Jahr 2024 auf 6 Prozent angehoben werden. Der kürzlich eingeführte Mechanismus der Generationengerechtigkeit bezeichnet eine Abgabe von Unternehmen, um Rücklagen für die Renten der geburtenstarken Jahrgänge zu schaffen. Im Zuge der Reform wird dieser Arbeitnehmeranteil an den Sozialabgaben auf 1,2 Prozent verdoppelt. Außerdem soll die Mindestrente auf 60 Prozent des Durchschnittseinkommens angehoben werden. Menschen im Rentenalter, die nicht ausreichend lange Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt haben, sollen künftig 75 Prozent des Einkommens beziehen, bei dem in Spanien die Armutsgefährdungsgrenze liegt. Dies entspricht aktuell monatlich 595 Euro.

Italien: Debatte um Elternschaft gleichgeschlechtlicher Paare

Die anhaltende Auseinandersetzung um die Rechte von LGBTQI-Personen auf Ehe und Elternschaft in Italien wird aktuell besonders kontrovers diskutiert. Anlass waren Schreiben des Innenministeriums an Gemeinden, die gleichgeschlechtliche Paare als gemeinsame Eltern eines Kindes beurkunden sowie die Ankündigung eines expliziten Verbots von Leihmutterschaft im Ausland. In Italien gibt es seit dem Jahr 2016 die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare, jedoch ist in ihr die Adoption von Kindern nicht explizit erlaubt. Regelungen zur Adoption sowie die Anerkennung beider Partner:innen als gemeinsame Eltern eines Kindes wurden bisher als rechtliche Grauzone behandelt und in verschiedenen Regionen und Städten unterschiedlich gehandhabt. Die neue Regierung Italiens stellte nun klar, dass aus ihrer Sicht in dieser Frage kein Spielraum für die Gemeinden bestehe und gleichgeschlechtliche Paare nicht als gemeinsame Eltern eines Kindes geführt werden dürften. Zudem brachte sie in dem Zusammenhang ein Gesetzesentwurf im Parlament ein, das auf ein explizites Verbot von Leihmutterschaft im Ausland zielt.

Portugal: Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelpreise

Die portugiesische Regierung hat eine Vereinbarung mit dem Bund der Einzelhändler und der Vereinigung der Bauern geschlossen, mit der dem Anstieg der Lebensmittelpreise begegnet werden soll. Dazu werden Lebensmittel vorübergehend von der Mehrwertsteuer befreit. Die Produzent:innen und Einzelhandel verpflichten sich, dies an die Verbraucher:innen weiterzugeben. Um die Preise für die Herstellung zu reduzieren, wurden außerdem Subventionen für die Landwirtschaft angekündigt. Sie sollen die Landwirt:innen bei der Deckung der Kosten für Energie, Futter- und Düngemitteln unterstützen. Die Lebensmittelpreise in Portugal waren im März dieses Jahres im Vergleich zum Beginn des Jahres 2022 um 30 Prozent angestiegen: So kostete der Vergleichswarenkorb mit Grundnahrungsmitteln Anfang des vergangenen Jahres 74,90 Euro und aktuell 96,44 Euro.

Schweiz: Abtreibung bleibt Straftatbestand

Der Nationalrat der Schweiz hat beschlossen, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz weiterhin ein Straftatbestand bleiben sollen. Eine parlamentarische Initiative, die die Streichung des entsprechenden

Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch gefordert hatte, wurde abgelehnt. Die Initiative hatte vorgeschlagen, Abtreibungen stattdessen als eine rein gesundheitliche Frage zu betrachten. Unterstützer:innen der Initiative argumentierten, dass ein praktisch gelebtes Anrecht auf den Abbruch einer Schwangerschaft der Behandlung als strafrechtlich relevante Tat widerspreche. Außerdem stigmatisiere die Verankerung von Schwangerschaftsabbrüchen im Strafrecht Frauen in schwierigen Lebensphasen. In der Schweiz besteht die Regelung, dass Schwangerschaften bis zur zwölften Woche abgetrieben werden können, wenn die Schwangere eine Notlage nachweisen kann. Die Mehrheit der Nationalratsmitglieder lehnte die Initiative mit der Begründung ab, dass sich diese Regelung bewährt habe. Zudem sei seit ca. 20 Jahren in der Schweiz kein strafrechtliches Verfahren mehr wegen einer Abtreibung angestrengt worden.

Weitere Nachrichten

COFACE & Eurochild: Umsetzung der EU-Kindergarantie

COFACE Families Europe weist darauf hin, dass die Nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der EU-Kindergarantie aktuell noch von acht Mitgliedstaaten fehlen: Österreich, Deutschland, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Die COFACE verweist auf die Analyse der AGF zu ausgewählten Aspekten der Umsetzung der EU-Kindergarantie aus dem Dezember 2022. Außerdem macht die COFACE auf eine Beurteilung der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) aufmerksam, die den Stand der Umsetzung anhand von Fallstudien für Belgien, Finnland, Italien und Spanien untersucht. Darin werden abschließend Empfehlungen für die Implementierung der EU-Kindergarantie formuliert: Verbesserung der Datenlage und datenbasierte politische Zielsetzungen, Austausch von Best Practices, europaweite professionelle Standards für Erzieher:innen und die Betrachtung von Kinderbetreuung als Beitrag für sozialen Zusammenhalt.

Der Kommissionsvorschlag für die EU-Kindergarantie jährte sich am 24. März zum zweiten Mal. Eurochild nahm dieses Datum zum Anlass, um zu einer Priorisierung der Kinderrechte in der EU, insbesondere des Kampfes gegen Kinderarmut aufzurufen. Seit der Veröffentlichung der Pläne für die EU-Kindergarantie sei die Zahl der Kinder in der EU weiter angestiegen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen und bedroht sind. Eurochild fordert EU und Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Umsetzung der Kindergarantie in stetiger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.

- AGF: [Überblick über die Nationalen Aktionspläne der Kindergarantie](#)  sowie [European Child Guarantee Analysis](#)  
- [FEPS: Delivering on the Child Guarantee](#)  
- [Eurochild: Civil Society calls for better cooperation - 2nd anniversary of the Child Guarantee proposal](#) 

COFACE: Neues Bildungsprogramm L.I.N.K.

Gemeinsam mit der griechischen Bildungsorganisation KMOP Education Hub hat COFACE Families Europe das Bildungsprogramm L.I.N.K. gestartet. Es soll mit Online-Weiterbildungsangeboten eine inklusive, diverse und menschenrechtsbasierte Bildungslandschaft fördern. Wichtige Schwerpunkte bei den Angeboten sollen Anti-Diskriminierung, Empowerment, Geschlechtergerechtigkeit und intergenerationale Solidarität sein. Die E-Learning-Angebote sollen Familien, Fachkräfte und Organisationen dabei unterstützen, sich in diesen Schwerpunktthemen weiter zu entwickeln. Bisher steht ein erster Kurs zum Umgang mit Mobbing an Schulen zur Verfügung. Darin werden Strategien zur Prävention und dem Umgang mit Mobbing vermittelt. Das Angebot richtet sich an alle

Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Der Kurs findet online statt, steht auf Englisch und Griechisch zur Verfügung und ist kostenlos.

- [COFACE: L.I.N.K.](#) 

Offener Brief für umfassenden Kinderschutz im Netz

Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen ruft die EU-Institutionen in einem offenen Brief auf, die Pläne für die EU-Strategie für Kinderschutz im Netz und die geplanten Richtlinien gegen sexuellen Missbrauch im Netz umfassend umzusetzen. Der Brief wurde in Reaktion auf eine Stellungnahme des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments veröffentlicht, in der zentrale Elemente der europäischen Strategie kritisiert werden. Laut der Stellungnahme des Ausschusses sollten die Möglichkeiten eingeschränkt werden, neue Formen von sexuellem Missbrauch online aufzudecken. Zugunsten der Persönlichkeitsrechte sollte die Kommunikation auf Plattformen geschützt und der Fokus weniger auf die Auffindung als auf Prävention und Berichterstattung gesetzt werden. Die Kinder- und Menschenrechtsorganisationen, darunter Eurochild und Terre des Hommes, verweisen auf die Schwierigkeiten von Berichterstattung und Strafverfolgung: Bei Fällen von Grooming und sexuellem Missbrauch sei bekannt, dass 83 Prozent der betroffenen Kinder niemandem von ihren Erfahrungen erzählten. Die technisch gestützte Auffindung von sexuellem Missbrauch im Netz müsse daher zentraler Bestandteil der Strategie bleiben.

- [Offener Brief für eine umfassende Strategie gegen sexuellen Missbrauch im Netz](#)  
- [Stellungnahme des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz](#)  

Rückschritte bei der Verringerung der Müttersterblichkeit







Fortschritte bei der Verringerung der Müttersterblichkeit kommen durchschnittlich weltweit zum Stillstand. In einigen Regionen der Welt steigt sie wieder an, nachdem die Müttersterblichkeit zwischen den Jahren 2000 und 2015 rückläufig war. Dies geht aus einem aktuellen Bericht der WHO zur Müttersterblichkeit zwischen 2000 und 2020 hervor. Im Jahr 2020 sind 287.000 Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt gestorben. Dies entspricht einer verstorbenen Frau alle zwei Minuten. Am geringsten sind die Raten der Müttersterblichkeit in Europa und Nordamerika, am höchsten sind sie in Subsahara-Afrika. Unter den acht Ländern, in denen im Jahr 2020 die Müttersterblichkeit angestiegen ist, sind mit Griechenland und Zypern auch zwei europäische Staaten. Die WHO weist darauf hin, dass die Verringerung der Müttersterblichkeit auf eine Rate von unter 70 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten als Nachhaltigkeitsziel der UN festgeschrieben ist. Die Reduzierung der Müttersterblichkeit solle in verschiedenen Politikfeldern angegangen werden: Die Zugänglichkeit zur Gesundheitsversorgung sei der zentrale Faktor. Armut und soziale Exklusion, Bildung und mentale Gesundheit müssten jedoch bei der Prävention auch berücksichtigt werden.

- [WHO: Trends in maternal mortality 2000 to 2020](#)  
- [WHO: Karte "Levels and Trends of Maternal Mortality"](#) 

Internationaler Frauentag

Zum internationalen Frauentag am 8. März widmete sich die UN in diesem Jahr dem Thema Digitalisierung. Unter dem Motto „DigitALL: Innovation and technology for gender equality“ rief UN Women dazu auf, Geschlechterungleichheiten im Bereich Digitales und Technologie zu verringern. Mit einer begleitenden Social Media Kampagne, Portraits junger Vorreiter:innen in diesem Bereich und einem Glossar zu Geschlecht und Technik

informierte UN Women zu diesem Themenschwerpunkt. Im Rahmen der Kampagne wurden außerdem zehn Forderungen für eine gleichberechtigte digitale Zukunft formuliert. Anlässlich des internationalen Aktionstags hat die EU-Kommission den Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in der EU für das Jahr 2023 herausgegeben. Darin werden Maßnahmen und Erfolge in den Bereichen Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen, geschlechtergerechte Wirtschaft, Führung in allen gesellschaftlichen Bereichen, Gender Mainstreaming und Finanzierung sowie Förderung von Geschlechtergerechtigkeit weltweit dargestellt. COFACE Families Europe verweist anlässlich des Aktionstages auf die Belastung und Armutsgefährdung alleinerziehender Mütter und seinen Bericht über Möglichkeiten effektiver Sozialpolitik für Alleinerziehende.

- [UN Women Website zum Internationalen Frauentag 2023](#) 
- [UN Women: 10 Forderungen für eine gerechte digitale Zukunft](#) 
- [EU-Kommission: Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in der EU 2023](#)  
- [COFACE: Bericht "Building Effective Policies to Support Single Parenthood"](#)  

Berichte und Studien

Human Rights Watch: Bericht über Entführungen ukrainischer Kinder

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat einen Bericht über die Entführung ukrainischer Kinder in russisch besetzten Gebieten veröffentlicht. Basierend auf Angaben ukrainischer Behörden seien ca. 16.000 Kinder von russischen Streitkräften entführt worden. Die tatsächliche Zahl liege wahrscheinlich weit höher, da in besetzten Gebieten vor der Invasion ca. 32.000 Kinder in staatlichen Institutionen gelebt hätten. Russland gebe an, aus „humanitärer Solidarität“ 733.000 Kinder in Russland aufgenommen zu haben. Besonders betroffen seien Kinder, die in staatlichen Einrichtungen lebten, darunter ein großer Anteil von Kindern mit Behinderungen. Ukrainische Heime seien evakuiert und die Kinder nach Russland überführt worden. Die Verschleppungen seien größtenteils nicht dokumentiert und im Prozess Geschwister und Gruppen von Kindern getrennt worden. Human Rights Watch weist darauf hin, dass die gewaltsame Umsiedlung von Zivilist:innen ein Kriegsverbrechen darstelle. Zwischenstaatliche Adoptionen sind im Kontext von bewaffneten Konflikten verboten, wie auch Kinderrechtsorganisationen seit Beginn der russischen Invasion betonen (s. [EuropaNews 05/22](#)). Das russische Parlament hatte im Mai vergangenen Jahres ein Gesetz beschlossen, nach dem russische Behörden befugt sind, ukrainischen Kindern die russische Staatsbürgerschaft zu geben. Die EU, Polen, der Europaausschuss des französischen Senats und Human Rights Watch planen Initiativen zur Identifizierung und Rückführung der entführten Kinder.

- [Human Rights Watch: The Consequences of Russia's Invasion of Ukraine for Children in Ukrainian Residential Institutions](#)  

HelpAge: Perspektiven Älterer auf Gesundheit und soziale Inklusion

Help Age hat im Rahmen einer Publikationsreihe zu den Menschenrechten Älterer zwei Berichte zur Gesundheit und zur sozialen Inklusion älterer Menschen veröffentlicht. Die Reihe soll einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Menschenrechten Älterer im Rahmen der offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns der UN bilden. Dabei werden die Sichtweisen älterer Menschen einbezogen, die in Interviews und Gruppendiskussionen in verschiedenen Weltregionen erhoben wurden. Im Bericht zum Recht auf Gesundheit werden die Barrieren beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und Pflege dargestellt, mit denen ältere Menschen konfrontiert sind. Empfohlen

wird ein Fokus auf ausreichende Angebote, Zugänglichkeit, Qualität, Anti-Diskriminierung und die Autonomie Älterer, um ihre Gesundheitsversorgung zu verbessern. Die Publikation über die soziale Inklusion älterer Menschen führt zunächst das Konzept der sozialen Inklusion ein. Zentrale Ergebnisse sind Altersdiskriminierung als Barriere für intergenerationale Beziehungen, fehlende Zugänglichkeit sozialer Aktivitäten für Ältere, Zugangsbarrieren zu digitalen Angeboten, Mobilitätseinschränkungen durch fehlende Alterssensibilität in der Stadtplanung und zu geringe Einkommen älterer Menschen. Abschließend wird argumentiert, dass eine UN-Konvention für die Menschenrechte Älterer die Inklusion, finanzielle Absicherung und Unabhängigkeit älterer Menschen voranbringen könnte.

- [Help Age: Healthy Ageing](#)  
- [Help Age: Including Us](#)  

OECD: Update des OECD-Gender-Portals

Die OECD hat ihr Gender-Portal überarbeitet. Es enthält nun aktuelle Daten zu Geschlechterungleichheiten in den Bereichen Gender-Pay-Gap, Unternehmertum, Gesundheit, Entwicklung und Governance, Digitales und Energie. Ausgewählte Indikatoren zu diesen Bereichen sind als interaktive Grafiken aufbereitet, um einen guten Überblick zu Geschlechterunterschieden im jeweiligen Feld zu bieten. Neben diesen statistischen Aufbereitungen finden sich alle Publikationen der OECD zum Thema Geschlecht. Aktuelle Veröffentlichungen umfassen eine Analyse der Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich, eine Untersuchung zu Geschlechterungleichheiten in Bildung und Ausbildung und einen Vergleich von Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt in den OECD-Staaten. Außerdem ist auf dem Portal eine Übersicht von grundlegenden Dokumenten für das Thema aufgeführt und es wird auf das OECD-Toolkit zu geschlechtergerechter Politikgestaltung verwiesen.

- [OECD: Portal zur Geschlechtergerechtigkeit](#) 

Social Inclusion: Themenheft Familiäre Unterstützungsnetzwerke in vulnerablen Kontexten

Die Open Access Zeitschrift „Social Inclusion“ hat ein Themenheft zu familiären Netzwerken der Unterstützung in vulnerablen Zusammenhängen publiziert. Die Artikel befassen sich z.B. mit Coping-Strategien von Familien unter herausfordernden Umständen, der Einsamkeit Älterer in Tschechien und ihren Strategien des Umgangs, dem Potenzial von Geschwisterbeziehungen für Sorge und Unterstützung über Haushalte und Grenzen hinweg und der Situation von Drei-Generationenhaushalten in Osteuropa. Einige Artikel analysieren familiäre Unterstützungsnetzwerke im Kontext der Pandemie, zum Beispiel anhand der Unterschiede persönlicher Kontakte zwischen Altersgruppen und von Geschlechterunterschieden im pandemischen Familienalltag.

- [Social Inclusion: Family Supportive Networks and Practices in Vulnerable Contexts](#) 

OECD: Bericht zur Resilienz von Gesundheitssystemen

Die OECD hat eine Untersuchung der Gesundheitssysteme von OECD Staaten veröffentlicht, in denen der Umgang mit der Covid-19 Pandemie, die Erholung von dieser Krise und die Resilienz der Gesundheitssysteme für zukünftige Herausforderungen analysiert wird. Insgesamt wird geurteilt, dass bereits ohne die zusätzliche Krise einer Pandemie eine Unterbesetzung sowie Unterfinanzierung vorlagen. Um die Gesundheitssysteme künftig resilienter zu machen, müsse die Gesundheit der Bevölkerung proaktiv gefördert werden, um den Bedarf an akuter Gesundheitsversorgung zu senken. Außerdem müssten die Ausbildung und Einstellung qualifizierten Personals sichergestellt werden. Um die Versorgung passgenau zu planen, bräuchte die Gesundheitspolitik eine solide

Datenlage über Bedarfe und Versorgungslücken. Die Überwindung von Krisen der Gesundheitssysteme funktioniere am besten in internationaler Kooperation. Diese müsste verstetigt und intensiviert werden. Auch die Versorgung mit Medikamenten und anderen medizinischen Gütern müsse mit Blick auf mögliche Krisen geplant werden, damit die Belastbarkeit erhalten bleibt. Ein wichtiger Aspekt für resiliente Gesundheitssysteme sei das Vertrauen der gesamten Gesellschaften in ihre Arbeit.

- [OECD: Ready for the Next Crisis? Investing in Health System Resilience](#) 

FRA: Bericht zu den Erfahrungen Geflüchteter aus der Ukraine

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights, FRA) hat die Ergebnisse einer Untersuchung der Erfahrungen von Ukrainer:innen veröffentlicht, die in die EU geflohen sind. Ein Großteil der Befragten gab an, bei der Einreise keine Probleme gehabt zu haben und gut über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert worden zu sein. Die Mehrheit von ihnen hat kein Asyl, sondern temporären Schutz beantragt. Sechzig Prozent der Befragten lebten in privaten Unterkünften, häufig auf engem Raum, ca. die Hälfte von ihnen kommt selbst für die Kosten auf. Da Familien häufig in nur einem Zimmer lebten, fehle Kindern zumeist ein ruhiger Ort zum Lernen. Weniger als die Hälfte der erwachsenen Geflüchteten, die vor der Flucht in Ausbildung waren, konnten diese im Aufnahmeland fortsetzen. Ein Hauptgrund dafür sind fehlende Sprachkenntnisse. Rund die Hälfte der Befragten gab an, deprimiert und niedergeschlagen zu sein. Die Hälfte der Kinder im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren leidet unter Schlafproblemen, Konzentrationsschwierigkeiten und verringertem Selbstwertgefühl.

- [Fleeing Ukraine: Displaced people's experiences in the EU](#)  

Eurostat: Daten zur Fertilität

Eurostat hat aktuelle Zahlen zur Fertilität in der EU veröffentlicht. Im Durchschnitt waren Frauen in der EU bei der Geburt ihres ersten Kindes im Jahr 2021 29,7 Jahre alt. In Deutschland ist das Alter der Erstgebärenden mit 30,1 Jahren leicht überdurchschnittlich. In Spanien und Italien bekamen Frauen mit durchschnittlich 31,6 bzw. 31,3 Jahren am spätesten ihr erstes Kind. Besonders jung sind die Erstgebärenden in Bulgarien (26,5 Jahre) und Rumänien (27,1 Jahre). Die Geburtenziffer lag im EU-Durchschnitt mit 1,53 deutlich unter der Reproduktionsrate von 2,1. In Spanien (1,19) und Malta (1,13) stagniert sie, in Litauen (1,36) und Polen (1,33) ist sie im Vergleich zu den Vorjahren abgesunken. In Deutschland ist die Geburtenziffer im Vergleich zum Jahr 2020 (1,53) leicht auf 1,58 angestiegen.

- [Eurostat: Database Demography \(Fertility\)](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
05. April 2023 Den Haag, Niederlande	Expert Meeting "Scaling Social Impact in Europe"	Euclid Network
04.-05. Mai 2023 Bukarest, Rumänien	Training: Equalitx Bodies Exploring Online and Offline Harassment	EQUINET

12.-14. Mai 2023 Newport, Wales & online	ICCFR Annual Conference: The family offers a lifetime foundation to build resilience and elasticity	International Commission on Couple and Family Relations
13.-14. Juni 2023 Brüssel, Belgien	Seminar: Work-Life Balance Directive	EQUINET
08.-09. Juni 2023 Tirana, Albanien	EASPD Internationl Conference: 'Family-centred Early Childhood Intervention: How to make it work'	European Association of Service providers for Persons with Disabilities (EASPD)
26.-28. Juni 2023 Sheffield, GB	2023 Transforming Care Conference	Transforming Care Network
25. Okt. 2023 Berlin, Deutschland	Europäisches Fachgespräch der AGF zur Europäischen Strategie zu Pflege und Betreuung	Arbeitsgemeinschaft der dt. Familienorganisationen (AGF)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

